

25. Oktober 2022

Pressemitteilung zur aktuellen Lage in der Ukraine und zum Stand der Hilfsmaßnahmen

Das Generalkonsulat der Ukraine in Hamburg und der Ukrainische Hilfsstab informieren wöchentlich über die aktuelle Lage in der Ukraine und berichten über Entwicklungen der Hilfsaktionen vor Ort:

I. Aktuelle Situation in der Ukraine

In den letzten 24 Stunden beschossen russische Truppen die Regionen Mykolajiw, Dnipropetrowsk, Saporischschja, Donezk, Charkiw, Cherson, Sumy und Tschernihiw. 9 Menschen wurden getötet. 14 Bürger wurden verletzt - [konservative Schätzungen, die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich höher].

In den vergangenen Tagen wurden Dokumente öffentlich, welche belegen, dass Russland beabsichtigt 1,8 Millionen Tonnen Getreide aus den besetzten Gebieten der Ukraine auf den Weltmarkt zu exportieren. Russland gelangt an den Weizen, in dem sie Bauern oder Unternehmen dazu zwingen ihnen das Getreide zu Dumpingpreisen zu verkaufen oder die Ernte und das Land beschlagnahmen. Dabei herrscht bereits jetzt große Nahrungsmittelknappheit in den besetzten Gebieten. Mit der Erfahrung aus der ukrainischen Geschichte ist es ein schrecklicher Schritt, den die Ukraine in ihrer leiderfüllten Geschichte zur Unabhängigkeit bereits erleben musste. Von 1932 bis 1933 starben bei der vom stalinistischen Regime angeordneten Hungersnot (Holodomor „Tod durch Verhungern“) schätzungsweise sieben Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer. So wurde bereits damals angeordnet, ukrainisches Getreide und andere Landwirtschaftserzeugnisse aus der Ukraine nach Russland abzutransportieren. Folgen hiervon waren Geburtenverlust und Tod durch Verhungern unschuldiger Ukrainerinnen und Ukrainer. In vielen Staaten der Welt ist der Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk anerkannt. Der Abtransport der Lebensmittel aus den besetzten Gebieten der Ukraine, besonders der Region Cherson ist erneut ein erster Schritt in die Vernichtung von ukrainischen Zivilisten durch Aushungern und sollte die Internationale Gemeinschaft zu härten Schritten bewegen.

Auch die Energieversorgung der Zivilisten der gesamten Ukraine wird durch die schwerwiegenden Angriffe Russlands unterbrochen. Infolge der russischen Raketenangriffe auf Energieanlagen ist es am Samstag in mehreren Regionen der Ukraine zu Stromausfällen gekommen. 1,5 Millionen Menschen sind nach den Raketenangriffen zwischenzeitig ohne Strom geblieben. Dies zeigt erneut, dass Russland gegen die Ukraine Angriffe verübt, welche genozidialer Natur sind, da das ukrainische Volk unter Umständen, des durch Russland verursachten Entzugs von Strom, Wasser und Heizung überleben muss.

Generalkonsulat
der Ukraine in Hamburg
Mundsburger Damm 1
22087 Hamburg
gc_deg@mfa.gov.ua
Fax: +49/ (0) 40/229 498 13
Webseite:

www.hamburg.mfa.gov.ua
Facebook: <https://t1p.de/6soh5>

und

Ukrainischer Hilfsstab
<https://hilfe-ua.de>
presse@hilfe-ua.de

Konsulatsprecher
Alexander Blümel

Die Pressemitteilungen des
Generalkonsulats der Ukraine in
Hamburg und des
Ukrainischen Hilfsstabs sind zur
Information, zur redaktionellen
Verwertung bzw. zur
Veröffentlichung bestimmt.



Die russischen Besatzer haben im April das Kakhovka-Kraftwerk vermint. Derzeit arbeiten sie an der Verminung von Schleusen und Stützen und bereiten eine Reihe von Terroranschlägen am rechten Ufer der Region Cherson vor. Insbesondere der Damm des Kakhovka-Stausees und die Aggregate des Wasserkraftwerks Kakhovka sind vom Einsturz bedroht.

Wasser, Strom, Nahrungsmittel – die russische Armee greift gezielt die kritische Infrastruktur der Ukraine an, um Leid über die Zivilbevölkerung zu bringen.

In einem Programm des internationalen russischen Propagandasenders „Russia Today“ rief ein Moderator dazu auf, ukrainische Kinder zu ertränken, falls sie sich den russischen Soldaten widersetzen. Dies ist ein weiterer Beweis für die grausame Doktrin, nicht nur des Kremls, sondern vieler Russinnen und Russen in ranghohen Positionen die Ukraine und ihre Bevölkerung auszulöschen.

II. Hilfe für die Ukraine

Das Generalkonsulat der Ukraine in Hamburg lädt zur ökumenischen Gedenkfeier zum Anlass des 90-jährigen Gedenktages des Holodomor am 24.11.2022 um 18:30 in die St. Petri Kirche nach Hamburg ein. Gemeinsam soll den Opfern des russischen Aushungerns der ukrainischen Bevölkerung 1932/33 gedacht werden sowie den aktuellen Opfern der russischen Okkupation.

Am 30.10. um 15:00 Uhr findet ein Benefizkonzert des Chors der ukrainischen Nationaloper in der Staatsoper Hamburg statt um die Zivilbevölkerung der Ukraine zu unterstützen. Mehr Informationen und Tickets finden sie [hier](#). Auch in der aktuell gespielten Reproduktion des Fliegenden Holländers ist der Chor der ukrainischen Nationaloper beteiligt.

Die ukrainische Sängerin Khrystyna Soloviy wird am 04.11 um 20:00 Uhr im Logo Hamburg für ein Benefizkonzert auftreten. Die junge Sängerin und Songwriterin, die zur neuen Generation ukrainischer Musik gehört, erweckt sie traditionelle ukrainische Lieder erneut zum Leben, indem sie die Volksmelodien mit zeitgenössischen Sounds kombiniert. Sie wurde jüngst in die Top-100 der einflussreichsten Menschen der Ukraine aufgenommen und setzt sich besonders seit der russischen Invasion unermüdlich für die Ukraine ein.

III. Weitere Geschehnisse und Forderungen

Die Ukraine ruft die Weltgemeinschaft seit Jahren dazu auf den Holodomor von 1922/33 als von Russland verursachten Völkermord an der Ukraine anzuerkennen. Der Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba artikuliert diesen Aufruf erneut und richtet sich in einer Mitteilung an die Parlamente aller Nationen, um den grauenhaften Mord an Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern nach internationalem Recht als Völkermord anzuerkennen. „Im November werden wir das neunzigste Jahr in Folge (dem Holodomor) gedenken. Seine Anerkennung ist besonders jetzt wichtig, da Russland einen weiteren Genozid verübt.“ Die Petition zur Anerkennung des Holodomor als Völkermord liegt dem Bundestag bereits seit Jahren vor und wurde nicht entschieden, um Russland nicht zu verärgern. Die Ukraine ruft den Bundestag dazu auf, nun darüber zu entscheiden.

Ein weiterer Schritt ist die Anerkennung Russlands als Sponsor staatlichen Terrors. Das estnische Parlament unterstützt die Resolution, in der die Russische Föderation als staatlicher Sponsor des Terrorismus anerkannt wird. Auch das deutsche Parlament wird dazu aufgerufen der Initiative zu folgen.